BREMISCHE BÜRGERSCHAFT **Drucksache 20/1772**
Landtag **(zu Drs. 20/1669)**
20. Wahlperiode **9. Februar 2023**

Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau

Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum 23. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit 2020/2021, Mitteilung des Senats vom 15. November 2022 (Drs. 20/1669)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 7. Dezember 2022 den 23. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit 2020/2021 an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. In seiner Sitzung am 11. Januar 2023 erörterte der Ausschuss die beratungsbedürftigen Punkte mit der Landesbeauftragten für Frauen.

Im Berichtszeitraum 2020/2021 sind die Schwerpunkte der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) die Arbeitsbereiche Gewalt gegen Frauen, Arbeit und Wirtschaft, Berufsorientierung, Digitalisierung, Mädchenarbeit, Rechtsangelegenheiten, Öffentlicher Dienst, Sexistische Werbung, Gesundheit, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft gewesen. Die ZGF hat in den dargestellten Arbeitsbereichen gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag darauf hingewirkt, dass das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung der Frau in Arbeitswelt, Bildung und Gesellschaft erfüllt wird. In § 2 des Errichtungsgesetzes der ZGF ist festgeschrieben, dass sie mit Frauenorganisationen und anderen, mit Frauenfragen befassten Einrichtungen zusammenarbeitet. Ferner ist sie von anderen Behörden über Maßnahmen, die sich auf die Gleichberechtigung und die Gleichstellung auswirken, bereits im Planungsstadium zu unterrichten und zu beteiligen.

Im Folgenden werden die „zentralen Anliegen“ der Arbeitsbereiche kurz angesprochen und die strukturellen Probleme exemplarisch benannt:

Jede dritte Frau in Deutschland ist mindestens einmal in ihrem Leben von Gewalt betroffen. Festzustellen ist, dass die Zahlen häuslicher Gewalt zu Beginn der Corona Pandemie überall in Deutschland gestiegen sind – auch in Bremen. Die ZGF hat sich im Berichtszeitraum dafür eingesetzt, Strukturen zu schaffen, die Mädchen und Frauen vor Gewalt schützen. Seit dem Jahr 2020 stellt die Umsetzung der Istanbul-Konvention einen Arbeitsschwerpunkt der ZGF dar.

Bei der Beschäftigungsquote von Frauen ist Bremen seit vielen Jahren im Bundesvergleich Schlusslicht. Zudem sind Frauen von den Auswirkungen der Corona-Pandemie im Beruf besonders stark betroffen. Der ZGF ist es im Bereich Arbeit und Wirtschaft gelungen, arbeitsmarktpolitische Netzwerke während der Corona-Pandemie fortzuführen. Darüber hinaus hat sie sich über die Situation von Betroffenen - etwa Alleinerziehenden und Frauen mit Migrationshintergrund- informiert, um die ihre Arbeit an den so gewonnenen Erkenntnissen auszurichten.

In ausgewählten Berufen sind Männer in der Mehrheit vertreten. Die ZGF hat es sich im Bereich der Berufsorientierung zum Ziel gemacht, Geschlechterklischees bei Jugendlichen möglichst früh zu hinterfragen und in ihrer Wirksamkeit zu entkräften. Dafür hat die ZGF das Projekt „Be oK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees“ entwickelt - eine von den

Schulen kostenfrei buchbare Projektwoche zum Entdecken der eigenen Stärken, Zukunftswünsche, Entwicklungspotenziale und deren Verbindung mit Berufsfeldern.

Im Bereich der Digitalisierung ist das Bundesland Bremen ein Standort für künstliche Intelligenz (KI). Die IT-Branche ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Nichtsdestotrotz liegt der Frauenanteil in der IT-Branche Bremens bei nur 28 Prozent. Außerdem verdienen Frauen in diesem Bereich ungefähr 20 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Seit dem März 2021 arbeitet die ZGF mit einem eigenen Fachbereich für den Abbau der entsprechenden Strukturen und für eine geschlechtergerechte Digitalisierung.

Im Bereich Mädchenarbeit bietet die ZGF Austausch- und Vernetzungsangebote auf fachlicher Ebene, um Mädchen und junge Frauen auf ihrem Weg ins Erwachsenenwerden zu begleiten. Die Angebote der Mädchenarbeit bieten Freiräume abseits von Familie, Schule oder Ausbildung, die gerade angesichts der hohen psychischen Belastungen durch die Corona-Pandemie besonders wichtig sind. Die ZGF hat sich im Jahr 2021 unter anderem an der Organisation des „Weltmädchentages“ in Bremen beteiligt.

In den Jahren 2020/2021 hat sich die ZGF im Bereich der Rechtsangelegenheiten für die Streichung des § 219a StGB eingesetzt, der Ärzt:innen verbietet über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren. Die ZGF hat sich für die Streichung des § 218 StGB ausgesprochen, um der Kriminalisierung von Abtreibungen entgegenzuwirken. Darüber hinaus hat sich die ZGF mit dem Prostituiertenschutzgesetz und dem Transsexuellengesetz auseinandergesetzt. Erwähnenswert ist auch das Engagement für die Einführung eines Paritätsgesetzes im Bundesland Bremen.

Die Bremer Verwaltung stellt mit ihrer Personalpolitik und ihrem Handeln wichtige Weichen für die Geschlechtergerechtigkeit im öffentlichen Dienst. Die Förderung von Frauen im Beruf und die paritätische Besetzung von Gremien ist über das Bremische Landesgleichstellungsgesetz zentraler Bestandteil der Personalpolitik. Die ZGF zeigt Handlungsbedarfe auf und prüft Senatsvorlagen sowie Vorhaben der Verwaltung. Ein Schwerpunkt im Berichtszeitraum ist das Gender Mainstreaming beim Bremen-Fonds gewesen.

Sexistische Werbung ist nicht mehr zeitgemäß. Deswegen können sich Bürger:innen mit Beschwerden über anstößige Motive an die ZGF wenden. Im Berichtszeitraum sind bei der ZGF 16 Beschwerden zu sexistischer Werbung eingegangen. Im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum sind die Beschwerdezahlen in den Jahren 2020/21 rückläufig gewesen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben im Berichtszeitraum den Bereich der Gesundheit geprägt. Das Bremer Forum Frauengesundheit (eine Politikberatung, die sich aus 48 fachübergreifenden Institutionen zusammensetzt und seit 29 Jahren von der ZGF geleitet wird) hat festgestellt, dass insbesondere Frauen aus einkommensschwachen Haushalten von der Corona-Pandemie betroffen sind. Der Arbeitskreis des Bremer Forums Frauengesundheit hat unter Federführung der ZGF Handlungsempfehlungen entwickelt, welche diesen Missständen entgegenwirken sollen. Weitere Schwerpunkte der ZGF haben unter anderem in der Umsetzung des nationalen Gesundheitszieles „Gesundheit rund um die Geburt“ im Land Bremen sowie der Sicherstellung der reproduktiven Rechte von Schwangeren gelegen.

Im Bereich der Wissenschaft ist die Grundlage für die Geschlechtergleichstellung eine klischeefreie Studienwahl. Trotzdem wählen viele junge Frauen vermeintlich weibliche Studiengänge. In den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) sind nur 31 % der Studierenden weiblich. Die ZGF engagiert sich daher für die Förderung von Frauen in MINT-Bereichen und bessere Karrieremöglichkeiten von Frauen an Hochschulen. Die ZGF hat wichtige Impulse durch ihre Stellungnahmen zum Wissenschaftsplan 2025 und zum fünften Hochschulreformgesetz gesetzt.

Der Bereich Kultur und Gesellschaft wird von der ZGF als Querschnittsaufgabe wahrgenommen. Nicht nur aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive sind diese Themen relevant. Mit Inhalten und Bildern können Rollenklischees aufgebrochen, aber auch verfestigt werden. Um Intersektionalität in der Behörde zu verankern und in Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung zu vermitteln, hat sich die ZGF im April und Juli 2021 mit verschiedenen Fachpersonen ausgetauscht. Außerdem ist es der ZGF ein Anliegen gewesen, Gleichstellungsthemen in Städtepartnerschaften einzubringen. Eine Stellvertreterin der Landesfrauenbeauftragten ist im Oktober 2021 in die Partnerstadt Danzig gereist und hat über Frauen auf dem Bremer Arbeitsmarkt berichtet.

Darüber hinaus gibt es im Tätigkeitsbericht der ZGF eine beeindruckende Übersicht über die vielfältigen Veranstaltungen, Aktionen und Tagungen zu allen Themenbereichen mit frauenpolitischen Kontext.

Der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau spricht der ZGF ausdrücklich seine Anerkennung für die vielfältigen Tätigkeiten aus und betrachtet die Arbeit der ZGF als elementare Grundlage für die Arbeit im Gleichstellungsausschuss. Der Bericht gibt ein eindringliches Bild über die Herausforderungen einer Geschlechterpolitik in den aktuellen Verhältnissen und ist als Institution für den Gleichstellungsausschuss unerlässlich. Durch den Tätigkeitsbericht der ZGF wird erneut deutlich, dass die Verwirklichung einer geschlechtergerechten Gesellschaft immer noch vor vielen Herausforderungen steht und es weiterhin einer Platzierung der Themen und einer breiten Debatte in der Gesellschaft bedarf.

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zur Kenntnis.

Lencke Wischhusen